

Erscheint  
an allen Werktagen.  
Bezugspreis  
vom 1. Juli 1921 an  
monatlich 20.-  
in der Geschäftsstelle 50.-  
in den Ausgabestellen 52.50  
durch Zeitungsvotter 55.-  
durch die Post . . . . 55.-

Fernsprecher: 4246, 2273  
3110, 349.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posscheckkonto für Deutschland:

Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czecowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Anzeigenpreis:  
i. d. Grundschriftseite im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens . . . . 10.- M.  
im Restlandteile 30.- M.  
Für Aufträge aus  
Deutschland . . . . 3.50 M.  
im Restlandteile 10.- M.  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Poznań.

# Posener Tageblatt

## Schluss der polnisch-Danziger Verhandlungen.

Danzig, 17. Juli. (PAT.) Die polnisch-Danziger Verhandlungen sind am Sonnabend in allen Begegnungskommissionen in Danzig beendet worden. In den nächsten Tagen wird die Resolutionen der einzelnen Beschlüsse und die Überweisung an den Hauptvorstand der Verhandlungen erfolgen. Beide Verhandlungsbefürwortenden werden täglich Sitzungen abhalten, um sich über die Beschlüsse zu verständigen, über die noch Uneinigkeiten bestehen. Möglicherweise werden die bisherigen Mitglieder der Kommission als Sachverständige berufen werden. In den Sitzungen der Vorstehenden wird festgestellt werden, welche Angelegenheiten aus dem Abkommen, das jetzt abgeschlossen werden soll, auszuwickeln sind, um sie auf anderem Wege zu erledigen. Hierzu gehören vor allem Fragen, die in das Gebiet der Kommission für auswärtige Angelegenheiten fallen. Gleichfalls gehören hierzu Verrechnungs- und Wortsachen. Gegenstand der weiteren Beratungen beider Vorstehenden wird sein, ob es, falls es in verschiedenen Fragen zu keiner Verständigung kommen sollte, möglich sein wird, diese Punkte zu übergeben und sie dem Schiedsgericht des Oberkommissars des Völkerbundes vorzulegen. Wie die Entscheidung fällt, daß der Vertrag geschlossen werden kann, wird sofort eine polnisch-Danziger Redaktionskommission berufen werden, die den Gesamtvertrag redigieren wird, so daß der Vertrag spätestens bis 31. Juli unterzeichnet wird.

Danzig, 17. Juli. (PAT.) In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses im Danziger Volkstag berichtete Präsident Sahm über den Verlauf der Beratungen des Völkerbundes in Genf über Fragen, die Danzig und seine Beziehungen zu Polen betreffen. Unter anderem berührte Sahm die Änderung des Art. 44 der Verfassung. Der Völkerbundrat beschloß, daß Verträge, die von Polen im Namen Danzigs mit anderen Staaten geschlossen werden, nicht die Bestätigung des Danziger Volkstages haben müssen. Über die Änderung der Danziger Verfassung hat sich der Völkerbundrat klar ausgesprochen, daß er befugt ist, eine Änderung der Verfassung durchzuführen, ehe der Kommissar des Völkerbundes nicht zur Bestätigung der Verfassung im Namen des Völkerbundes bevollmächtigt ist. Am Schlus berührte Sahm die Frage der vorläufigen Unterbringung polnischer Militärtransporte in Danzig. Wie bekannt, hat der Völkerbundrat diese Angelegenheit dem Danziger Hafenrat zur Entscheidung überwiesen. Der Hafenrat hat sich am Sonnabend mit dieser Frage beschäftigt.

## Die Weltärustung.

Über die angekündigte Weltärustungskonferenz in Washington schreibt ein aktiver deutscher Diplomat: Um die Bedeutung der Hardingschen Botschaft voll zu würdigen, um sich aber auch nicht pazifistischen Einbildungen hinzugeben, muß man die Vorgehnisse des amerikanischen Schrittes genau beobachten. Dabei ist es überflüssig, zu untersuchen, wem die geschichtliche Ehre zufällt, das erste erlösende Wort gesprochen zu haben, Harding oder Lloyd George. Es spielt in den letzten Wochen so viel hinter den Kulissen, daß man diese Frage vielleicht nie entscheiden wird. Die erste offizielle Äußerung tat Oberst Harwich, der neuernannte Botschafter der Vereinigten Staaten in London, als er kurz nach seiner Ankunft auf englischem Boden die neue englisch-amerikanische Gemeinschaft der Weltinteressen verkündete. Sofort wiederholte Lloyd George den Gedanken auf Britisch in einer Form, die durchdringen ließ, daß er in dieser ungelegenheit schon an der Arbeit sei. Über Harding war anscheinend noch früher aufgestanden. Bereits Mitte Juni hatte der amerikanische Präsident die Grundlage eines die Erdumspannenden anglo-sächsischen „Konzerns“ genau umschrieben. Er sprach von einem Bündnis. Aber es sollte ein Bündnis ohne Papier und Siegel werden. Ein Zusammenvirten, aber keine formelle Allianz, wie er ausdrücklich hinzufügte, um der seit den Tagen George Washingtons im amerikanischen Volke verwurzelnden Aversion gegen „verströmende Bündnisse“ Rechnung zu tragen. Als Zweck seines Programms gibt Harding von vornherein die Abstimmung an und er löste damit den Wechsel ein, den er als Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei im Sommer vorigen Jahres unterschrieben hatte. Ärüstung oder doch Einschränkung der Rüstungen durch bindende Abmachungen mit anderen Großmächten war ja eine der in stärksten betonten Forderungen des amerikanischen Volkes nach dem Weltkrieg, und nur durch die einseitige Einmärschierung des überlebten und geliebten Deutschlands ist das Problem als allgemeines Friedensziel etwas in Erfüllung gekommen. Niemand wagt es ja auch, selbst Harding nicht, die Ärüstung als Göttin der Wahrheit rein und naß auf den Soden zu stellen, sondern es wird ein Umweg genommen über die Ergebnisse der britischen Reichskonferenz. In der Tat wird die Arbeit der Konferenz darauf hinauslaufen, alle Konfliktmöglichkeiten zwischen Amerika, England und Japan zu befreiten: eine Teilung der Weltmacht zwischen diesen drei Großmächten, vielmehr nur zwischen Amerika und Japan.

Warschau, 17. Juli. „Chicago Tribune“ berichtet, daß die Entwaffnungskonferenz in Washington am 14. oder 16. August eröffnet werden wird.

## Australien und die Ärüstungskonferenz.

London, 16. Juli. Aus Melbourne wird gemeldet, daß ganz Australien mit großer Genugtuung von Hardings Aufruhr zu einer Abstimmungskonferenz Kenntnis genommen hat. Zusätzlich spricht man über die Wirkung der Konferenz auf den japanischen Vertrag. Man ist der Meinung, daß durch eine Politik der Rüstungsbeschränkungen ein Bündnis wie das englisch-japanische überflüssig gemacht würde.

## Die Reparationen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen haben zu einem vollen Erfolg geführt, bedürfen allerdings noch der Ratifizierung durch beide Regierungen. In den nächsten Tagen werden sich Staatssekretär Dr. Bergmann und Direktor Guggenheim nach Berlin zurückbegeben, um der deutschen Regierung das mit den französischen Sachverständigen getroffene Abkommen zu unterbreiten.

Über den Inhalt teilt der „Petit Parisien“ folgendes mit: Das Abkommen wird erst Gültigkeit haben, nachdem der Bericht, der innerhalb 48 Stunden revidiert sein soll, von beiden Regierungen genehmigt worden ist. Man hat sich beiderseits auf einen Organisationsplan geeinigt, der dahin geht, daß die französischen Käufe im zerstörten Gebiet mit den deutschen Verkäufern in unmittelbare Verbindung treten. Die Zahlungen würden durch Vermittlung staat-

licher gemischter Bureaus vor sich gehen, denen der Käufer als Zahlung eine Erklärung über die erlittenen Schäden übergeben würde. Das Bureau müßte dann den deutschen Verkäufer in deutscher Reichsmark entschädigen.

Es müßten jedoch auch die Rückwirkungen erwogen werden, die diese Operationen auf die Handelsfähigkeit der beiden Länder ausüben würde. Wenn Frankreich sich darauf beschränkt hätte, die Lieferungen deutscher Waren zugelassen, ohne daß es selbst Waren an Deutschland verkaufe, so wäre die Handelsbilanz Frankreichs sicherlich in Unordnung geraten. Denn, wenn auch französische Waren ins Rheinland gelangen, so werden sie doch im übrigen Deutschland mehr oder weniger konfliktieren. Andererseits belägt sich Deutschland darüber, daß es durch das „Vor im Westen“ außerordentlich geschädigt werde.

## Kein Verzicht Frankreichs auf die Sanktionen

Paris, 16. Juli. Im Verlauf einer Rede sagte Briand in der Kammer, man habe ein militärisches Vorgehen jederzeit zu vermeiden gesucht. Wenn es aber den Aldeutschen gelingen sollte, das Ministerium Wirth zu stürzen und Deutschland wieder in eine für Frankreich gefährliche Politik zu treiben, dann möge jeder wissen, daß Frankreich im Besitz seiner Macht alles besitzt, was es brauche, um die Lage wieder herzustellen. Wenn Wirth auch alles mögliche getan habe, um sein Versprechen zu erfüllen, so sei es doch für Frankreich unmöglich, auf die Sanktionen zu verzichten.

## Aus Oberschlesien.

Frankreich dringt jetzt auf einmal auf die Entscheidung hin, weil ihm der Augenblick sehr günstig erscheint. Bekanntlich ist die Konferenz des Obersten Rates, die auch in der oberschlesischen Frage die Entscheidung fällen soll, nun schon seit mehreren Wochen wiederholt hinausgeschoben worden. Ursprünglich befürgte, während England zu rascher Entscheidung drängte, Briand eine Verzögerungstat, trat für die Vertagung ein und drang auch durch. Heute aber hat sich die Situation verändert. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ ist Lloyd George eintheil in London unabkömmlich, so daß die Konferenz des Obersten Rates wohl erst in einigen Wochen stattfinden könnte. Der Gegensatz der Auffassungen in Paris und London ist bemerkenswert. Die englische Regierung geht offenbar von der Erkenntnis aus, daß es einer sachlichen Erörterung der oberschlesischen Frage dienlich wäre, wenn man die Entscheidung noch um kurze Zeit zurückstelle. Im vorigen Montagsartikel wurde hier ausgeführt, daß in der Tat der gegenwärtige Augenblick für eine solche sachliche Behandlung besonders ungünstig sei. Manches spricht dafür, daß Lloyd George vor allem erwägt, daß Italien eben erst einen Kabinettswchsel hinter sich hat. Der nochmalige kurze Aufschub würde es der italienischen Regierung ermöglichen, sich mit der oberschlesischen Angelegenheit in gründlicher Weise zu beschäftigen.

## Die „Leiden eines Volkes“.

Der Sonderberichterstatter der „Danziger Neuesten Nachrichten“ schreibt:

„Wer Eindrücke des angeblich „beruhigten“ und von den Insurgenten befreiten Oberschlesiens sammelt, sammelt die Leiden eines Volkes. Ob man in Zabrze, ob man in Gleiwitz, ob man in Königshütte oder in einem der vielen kleinen Orte mit Deutschen spricht: das Bild bleibt das gleiche. Eine rechtslose Bevölkerung wird mißhandelt und brutalisiert von zum Teil landfremden Insurgenten. Deutlicher aber noch als man es bisher wußte, tritt dabei die Wahrheit zutage, daß die Franzosen nicht nur teilnahmslos und höhnisch den Leiden dieser Bevölkerung, die sie beschützen sollten, aussehen, sondern ihrerseits die Insurgenten mit allen Mitteln unterstützen haben, ihrerseits mitgeholfen haben, die deutschen Leiden zu vermehren.“

She man noch die Geschichte des dritten Aufstandes in Tschechoslowakei einfallen, um der seit den Tagen George Washingtons im amerikanischen Volke verwurzelnden Aversion gegen „verströmende Bündnisse“ Rechnung zu tragen. Als Zweck seines Programms gibt Harding von vornherein die Abstimmung an und er löste damit den Wechsel ein, den er als Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei im Sommer vorigen Jahres unterschrieben hatte. Ärüstung oder doch Einschränkung der Rüstungen durch bindende Abmachungen mit anderen Großmächten war ja eine der in stärksten betonten Forderungen des amerikanischen Volkes nach dem Weltkrieg, und nur durch die einseitige Einmärschierung des überlebten und geliebten Deutschlands ist das Problem als allgemeines Friedensziel etwas in Erfüllung gekommen. Niemand wagt es ja auch, selbst Harding nicht, die Ärüstung als Göttin der Wahrheit rein und naß auf den Soden zu stellen, sondern es wird ein Umweg genommen über die Ergebnisse der britischen Reichskonferenz. In der Tat wird die Arbeit der Konferenz darauf hinauslaufen, alle Konfliktmöglichkeiten zwischen Amerika, England und Japan zu befreien: eine Teilung der Weltmacht zwischen diesen drei Großmächten, vielmehr nur zwischen Amerika und Japan.

Unser erster Besuch galt dem polnischen Generalkonsulat in Berlin. Wir trafen auf dem Generalkonsulat Vertreter polnischer Unterkonsulate und Berufsgesellschaften, die das Bild, das uns Herr Generalkonsul Rose entrollte, durch ihre Spezialberichte vervollständigten. Als beherrschendes Motto gab uns der Herr Generalkonsul auf den Weg, der Verständigung in der Zukunft vorzuarbeiten, nicht aber rückschauend zu ergründen, ob auf polnischer oder auf deutscher Seite die erste Verfehlung zu verzeichnen sei, nicht darüber zu diskutieren, was früher gewesen sei, die Henne oder das Ei?

Vom polnischen Generalkonsul ging es zum deutschen Auswärtigen Amt. An der dortigen, von Herrn Geh. Legationsrat von Kesseler geleiteten Beisprechung nahmen neben einigen Männern des Amtes und dem Referenten aus dem preußischen Ministerium des Innern mehrere Abgeordnete der verschiedenen politischen Parteien teil. Der Herr Vorsitzende belegte aus Berichten der Regierungspräsidenten für die Industriegebiete, daß behördlicherseits alles getan zu sein scheine, um die nationalen Gegensätze auszugleichen und, wo es dennoch zu Reibungen gekommen war, die sofortige Abwendung des begangenen Unrechts herbeizuführen. Gezwungen wir nun auch aus der amtlichen Darstellung die zweiseitliche Überzeugung, daß von Polen verfolgung in Deutschland keine Rede sein könne, so wollten wir uns doch persönlich an Ort und Stelle über die Sachlage unterrichten. Hierzu wurde uns bereitwillig von den anwesenden Vertretern der Zentralbehörden die Genehmigung erteilt, und ebenso wurde weitgehendste Inanspruchnahme der Bezirksbehörden zu unserer etwaigen Begleitung, Führung und Auskunftserteilung gestattet.

Unsere Informationsreise ging nun zunächst ins rheinisch-westfälische Industriegebiet. Unmittelbar nach unserer Ankunft in Bochum begaben wir uns zur Geschäftsstelle des Polnischen Berufsverbandes. (Es ist dies die Organisation der polnischen Bergarbeiter in Deutschland.) Zu den hier zahlreich versammelten Vorstandsmitgliedern gesellte sich im Laufe der Ausprache ein Vertreter des Regierungspräsidenten in Münster und der Referent für polnische Angelegenheiten im gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiet beim Polizeipräsidium in Bochum, Herr Polizeipräsident Augustini.

## Koalitionskabinett in Lettland.

Kopenhagen, 16. Juli. „Politiken“ wird aus Riga telegraphiert: Nach ziemlich langer Ministerkrise ist die neue Regierung jetzt gebildet worden. Sie ist ein Koalitionsministerium, in dem alle Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten und der äußersten Linken vertreten sind. Von den zwölf Ministern gehören acht den bürgerlichen Parteien an, während vier Minister Sozialdemokraten sind, die der zweiten Internationale angehören. Ministerpräsident ist der bisherige Minister des Außenwesens Kierowitsch.

Aus der mehrstündigen Besprechung gewannen wir folgendes Bild:

Weder bei den Behörden, noch bei der deutschen Arbeitervolksschicht, noch bei den Grubenverwaltungen ist eine polnischfeindliche Haltung erkennbar. Vollends war von einer Verjagung oder gar Massenausweisung polnischer Bergarbeiter keine Rede. Insgesamt waren während der letzten Monate sieben Polen entlassen worden, die als Unruhestifter galten. Worüber polnischerseits gelagt wurde, war, daß bei Zusammenstößen zu Zeiten einer Hochspannung der nationalen Gegenseite (Vorbereitung und Nachwirkung der oberösterreichischen Abstimmung, drohende Besetzung des Nahrenhofs durch die Franzosen) hier und dort die örtlichen Polizeiorgane nicht mit der wünschenswerten Energie zum Schutze der Polen eingeschritten waren, und daß sich ein Polizeibeamter von polnischfeindlicher Gesinnung noch im Amt befand. Außerdem wurde anerkannt, daß seitens der Zentral- und Bezirksbehörden alles geschehen war, die polnische Bevölkerung in ihren Rechten zu schützen. Insbesondere war Vorsorge getroffen, daß alle — sei es auch durch die Presse — zur Kenntnis der Behörde gelangten Verfehlungen unverzüglich untersucht und gegebenenfalls zur strafgerichtlichen Aburteilung gebracht wurden. So durften sich denn auch — von jenen zwei oder drei, zum Teil Jahr und Tag zurückliegenden Zusammenstößen abgesehen — die zahlreichen polnischen Vereine in aller Offentlichkeit mit ihren Fahnen und Abzeichen zeigen. Umzüge veranstalten, Versammlungen abhalten, ohne irgendwelcher Beleidigung ausgesetzt zu sein.

Vom polnischen Berufsverbande führte uns unser Weg zum Geschäftshaus des alten Bergarbeitervereins, der Zentralleitung der großen Organisation der freien Gewerkschaften, denen übrigens auch über 10 000 polnische Bergarbeiter angegeschlossen sind. Auch hier fanden wir den festen Willen, irgend welche Gegenseite zwischen den Nationalitäten nicht aufkommen zu lassen und etwaige chauvinistische Regungen im Neime zu erwidern. An Hand der an die Betriebsräte ausgegebenen Weisungen zeigten uns die Sprecher, daß sozialistische Erziehung und Schulung zu nationalistischen Extravaganzen keinen Raum läßt.

In Essen, unserem nächsten Reiseziel, suchten wir zuerst den polnischen Konsul, Herrn Barciszewski auf. Aus seinen bedeutsamen Aussführungen langt uns bei all unseren weiteren Verhandlungen das Wort nach, daß, wenn die beiden Nationalitäten zu endgültigem Frieden gelangen wollten, unter die Vergangenheit ein Strich gezogen werden müsse.

Einen ist der Sitz des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und des Bergbauvereins, der Zentrale der rheinisch-westfälischen Bergwerks- und Hüttenbesitzer. Auch bei diesen beiden Organisationen fanden wir das gleiche zielbewußte Streben nach einer Überbrückung der nationalen Gegenseite wie vorher beim Vorstande des alten Bergarbeitervereins. Herr Berggrat Grabbe vom Bergbauverein zeigte uns aus seinem Alter, daß er schon vor längerer Zeit bei allen Grubenverwaltungen angefragt hatte, ob und aus welchen Gründen Entlassungen polnischer Bergarbeiter stattgefunden hätten oder beabsichtigt wären. Die Antworten waren durchweg eindeutig, daß abgesehen von den eingangs erwähnten sieben Entlassungen bzw. Kündigungen, deren unabdingbare Notwendigkeit eingehend begründet wurde. Interessant war insbesondere die in allen Berichten der Grubenverwaltungen wiederkehrende Feststellung, daß auch eine über das übliche Maß hinausgehende Zahl der Bergarbeiter, deren Gesamtzahl einschl. der Familienmitglieder auf mehr als 300 000 angegeben wurde, nicht erkennbar geworden sei: die Bestätigung dessen, was uns in Essen für das dortige engere Gebiet von dem Leiter des Essener Wohnungsamtes mitgeteilt worden war. Aus der einen und anderen Grube waren polnische Bergarbeiter nach Oberschlesien abgewandert in der Hoffnung, dort aufzutreten, d. h. eine Stellung als Steiger oder einen Beamtenposten zu erhalten.

Den Abschluß unserer Tätigkeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bildete im Bochumer Hof zu Bochum eine Besprechung mit den Vertretern der Presse in Gegenwart von Abgesandten der vorher von uns besuchten Verbände sowie einer Anzahl katholischer Geistlicher. Auch Herr Konsul Barciszewski war auf unsere Bitte freundlicherweise zu der Besprechung von Essen herübergekommen. Zu unserer Freude fanden unsere auf Versöhnung gestimmten Ausschreibungen allzeit williges Gehör. Schwer war ja unsere Aufgabe nicht, denn die Atmosphäre, in die wir hineinkamen, brauchte nicht erst von uns eingefügt zu werden. Nur ein klein wenig Aufschwung, mehr tat nicht not. Hier hörten wir übrigens mit Bestiedigung, daß zahlreiche Ortschaften ihre Schulen der polnischen Jugend zu polnischen Unterrichtszwecken zur Verfügung gestellt hatten. Die Schuldeputation in Bochum selbst hatte sich zwar bislang unter dem unmittelbaren Einbruch der oberösterreichischen Ereignisse in ihrer Mehrheit noch auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt. Es wurde aber erhofft, daß die städtischen Körperschaften in Kürze die Auffassung der Schuldeputation bestätigen würden. Daß die zahlreichen polnischen Gemeindesprecher ausnahmslos in ihren Ämtern belassen sind, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Von den guten Erfolgen unserer Schlussfahrt gaben uns zahlreiche Artikel Kunde, die am nächsten Tage in der rheinisch-westfälischen Presse erschienen. Mit voller Bestiedigung konnten wir auf dem auswärtigen Amt in Berlin über das Ergebnis unserer ersten Informationsreise berichten. (Schluß folgt.)

## Pascha erkrankt.

Warschau, 17. Juli. Aus Belgrad wird berichtet, daß der bekannte serbische Politiker und Ministerpräsident Pascha schwere Krankheit ist anlässlich der Verleihungen, die er bei dem Attentat auf den serbischen Thronfolger Prinz Alexander erlitten hat.

## Die irische Frage.

Ein Fortschritt weltgeschichtlicher Art wäre es, wenn es gelänge, die irische Wunde zu schließen und die Welt von dem Anblick eines ununterbrochenen Bürgerkrieges in Irland zu befreien. Dicht ist es der Erfolg von Lloyd George, daß eine Verständigung nähergerückt erscheint und daß bisher wenigstens die Vorzeichen günstig sind. Das britische Reich hat wieder einmal den unfaßbaren Vorteil, jene Persönlichkeit zu besitzen, die bei beiden Parteien Vertrauen erweckt, die Wirtschaft der Lokalität und der Objektivität in sich schließt und durch Kühnheit und frisches Zugreifen den Weg zu neuen Lösungen zu bahnen weiß. Dieser Mann ist der Premierminister von Südafrika, General Smuts, und wenn irgend einer die Kraft hat, das Verderben abzuwehren und Irland zu retten, dann ist es dieser Burgher, der trotz seiner Ablösung von den besten Traditionen englischer Politik besteht erscheint. In einer Rede, die er in den letzten Tagen gehalten hat, sagt General Smuts, er habe das irische Problem für lösbar, es komme jedoch darauf an, vor allem eine Atmosphäre der gegenseitigen Verstehens zu schaffen. Er erinnere daran, wie höchstig der Kampf in Südafrika gewesen sei, und wie dennoch nach den heftigsten gegenseitigen Anfeindungen sich schließlich die Versöhnung vollzogen habe. Jeder müsse Opfer bringen, um ein Zusammenleben in Frieden und Freiheit zu ermöglichen, und nur durch beiderseitiges Vertrauen werde die Krise gelöst werden. Es handelt sich offenbar darum, Irland ganz oder teilweise das Recht eines Dominions zu geben, das heißt eine Souveränität und eine Selbständigkeit, die nur durch gewisse festgesetzte Beschränkungen gemindert ist. Dadurch würde formell das irische Verlangen nach Freiheit erfüllt werden, und trotzdem könnten Sicherungen geboten sein, daß die Protestanten in Ulster nicht vergewaltigt werden und nichts geschehe, was militärische oder finanzielle Gefahren für England mit sich bringt. So könnte ein Abkommen zur gegenseitigen Zuverlässigkeit getroffen werden, und durch eine großzügige Geste wäre der Konflikt beendet. Noch ist es nicht so weit, und ein endgültiges Ergebnis ist noch nicht erzielt. Aber schon das Aufhören der täglichen Nekrosen ist von größter Bedeutung und vielleicht ist dieser Waffenstillstand der Beginn des Friedens. In dieser Zeit trostloser Verwirrung ist jedes Zeichen wachsender Entspannung zu begrüßen.

## Die Verhandlungen auf „gutem Wege“.

London, 16. Juli. (PAT.) Die englische Presse berichtet, daß die Verhandlungen über den Friedenszustand mit Irland auf gutem Wege sind, da der Premierminister James Craig nach der Konferenz mit Lloyd George nach Belfast telephoniert und einige Mitglieder des Ulsterschen Kabinetts aufforderte, sofort nach London zu kommen. Wahrscheinlich wird Montag fundgegeben werden, ob eine Konferenz zu kommen wird oder nicht. "Daily Chronicle" warnt vor frühzeitigen Hoffnungen und schreibt, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß de Valera nicht selbst die Entscheidung über die Konferenz fällen will, sondern daß das Ergebnis der Verhandlungen mit Lloyd George dem Parlament der Sinnfeiner zu Entscheidung vorliegen wird.

London, 17. Juli. (PAT.) Nach der Konferenz mit de Valera hielt Lloyd George bei dem Bankett der Liberalen eine Rede, in der er die Überzeugung aussprach, daß de Valera und er alles getan hätten, um die irändische Frage zu lösen. Beide sind sich jedoch dessen bewußt, daß noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind.

## Die Besprechungen von Lloyd George und de Valera.

London, 16. Juli. Die Konferenz in Downingstreet über das irische Problem begann am Donnerstag um 1/2 Uhr nachmittags. Als de Valera vor dem Hause Lloyd Georges vorfuhr, wurde er von der wartenden Menge stürmisch begrüßt. De Valera sagte in einem Presseempfang, daß er den Augenblick für Verhandlungen für günstiger halte als irgend einen früheren in der Geschichte Irlands. Auf eine Frage erwiderte de Valera, daß er durchaus für Offenlichkeit der Verhandlungen sei.

London, 16. Juli. Die gestrigen Besprechungen zwischen Lloyd George und de Valera haben zweieinhalb Stunden gedauert. Die Unterredung fand ohne Zeugen statt und wird am Freitag vormittag fortgesetzt. Über den Inhalt der Besprechung verlautet nichts Bestimmtes. Der Ministerpräsident von Ulster ist ebenfalls eingeladen worden, um in London mit Lloyd George zu konferieren.

London, 16. Juli. Lloyd George und de Valera haben Sonnabend früh weiter konferiert. Ihre Aussprache hatte streng verdeckten Charakter. Wie die Zeitungen berichten, soll der Verlauf der Unterredung ein bestreitbarer sein. Im allgemeinen herrscht die Ansicht, daß alle drei beteiligten Parteien, die englische Regierung, die irändischen Unionisten und die Sinnfeiner, am Montag zu einer gemeinsamen Konferenz zusammentreten werden.

London, 16. Juli. (Tel.-U.) Lloyd George hatte Verhandlungen mit Chamberlain und Smuts. Es verlautet, daß große Fortschritte mit den Sinnfeinern erzielt worden sind. Gestern nachmittag haben die ersten Verhandlungen zwischen de Valera und Lloyd George stattgefunden. Es war, sagt de Valera mehr eine Aussprache als eine formelle Konferenz.

## Der Krieg im Orient.

### Italiens Annäherung an England.

Der "Tempo", der wohl auch zur jetzigen Regierung gute Beziehungen unterhält, und der "Daily Telegraph", dessen Beziehungen zum Foreign Office bekannt sind, beschäftigen sich mit der Frage eines englisch-italienischen Zusammenschlusses im Orient. Der "Tempo" hatte vor einigen Tagen dargelegt, daß die Haltung der Türken gegen Italien immer feindselig geworden sei, trotzdem Italien von Anfang an für den türkischen Nationalismus eingetreten wäre. Frankreich stehe im Begriff, ein ungerechtfertigtes Monopol über die Reichtümer Kleinasiens zu erlangen. Angesichts dessen sowie der wachsenden Gefahr, daß die triegerische Bewegung auf den Balkan übergreife, dürfe Italien nicht müßigbleiben. Es müsse an einer etwaigen englischen Flottenaktion teilnehmen und verhindern, daß die Italiener zugesagten Konzessionen anderen zufielen.

Diesen Artikel griff der "Daily Telegraph" lebhaft auf und begrüßte die Annäherung Italiens an England. Das Blatt führt aus, beide Länder könnten unter der Mitwirkung der kleinen Entente das Orientproblem lösen, und legt sodann die Bedingungen dar, die Italien annehmen müsse, wie zum Beispiel die Entmilitarisierung der Meere bei Konstantinopel, die Souveränität der Türken über Smyrna unter internationaler Kontrolle. Das Blatt deutet an, daß Italien dafür England die Unterstützung seiner Ansprüche auf die Isthmus in dem Abkommen der Entente mit der Türkei zugeschaffene Zone erhalten werde.

### Die Angst vor der Stärke der türkischen Macht.

London, 16. Juli. Aus gut unterrichteter Quelle wird gemeldet, daß ein gemeinsamer Schrift von den diplomatischen Vertretern Englands, Italiens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Rumäniens bei der bulgarischen Regierung getan werde, um sie auf die Folgen einer zu freundlichen Stellungnahme gegenüber der Angora-Regierung aufmerksam zu machen.

London, 16. Juli. Nach einer Meldung der Erzähler aus Konstantinopel ersuchte Mustapha Kemal Pascha neuerdings wieder um eine Unterredung mit General Harrington. Es nimmt an, daß die veränderte Haltung des türkischen Führers auf eine Spannung zwischen Moskau und Angora und auf Zwistigkeiten unter den Kemalisten zurückzuführen sei.

## Die Entwicklung der Ereignisse im Osten.

### Sowjetrussland auf dem Wege zur Wiedereinführung des Kapitals.

Stockholm, 18. Juli. Die Sowjetregierung, die nun auch die Zustimmung des Kongresses der Dritten Internationale für eine neue Politik gefunden hat, schreitet jetzt auf dem Wege zur Wiedereinführung des Kapitals weiter fort.

Nach finnischen Meldungen hebt ein neues Dekret alle Beschränkungen des Privateigentums an Geld und Kapital auf.

Das Dekret erlaubt jedem sowjetrussischen Staatsbürger den Besitz von Geldsummen in beliebiger Menge. Die bestehenden verstaatlichten Banken dürfen Geld in laufenden Rechnungen usw. in nach oben unbegrenzten Summen einnehmen. Diese Verträge sind unantastbar und können von leiner Behörde ohne vorheriges Urteil beschlagnahmt werden. Die Bankbeamten dürfen Außenstehenden keine Auskunft über Depositen geben. Alle früheren Beschränkungen über Geldgeschäfte werden aufgehoben.

### Angora gegen die Moskauer Anträge.

Stockholm, 18. Juli. Wie "Svenska Dagbladet" meldet, kam es in der Nationalversammlung von Angora zu heftigen Diskussionen, als ein Vorschlag der Sowjetregierung zur Sprache kam, in dem es heißt, die Türken sollten auf ein türkisches Reich in Europa verzichten und dafür einen mächtigen Staat in Anatolien mit Brüssel als Hauptstadt gründen. Mehrere Deputierte, die diesem Antrag sympathisch gegenüberstanden, wurden vom Präsidenten der Nationalversammlung, der sie als Verräter bezeichnete, energisch zurückgewiesen. Während der Lärmisungen fielen auch einige Redevorlesungen. Viele Abgeordnete, die gegen die Regierungstimming zu machen versuchten, wurden verhaftet.

### Afghanistan setzt seine Anerkennung durch.

Paris, 18. Juli. Die "Chicago Tribune" meldet, daß es in der Nationalversammlung von Angora zu heftigen Diskussionen gekommen ist, als ein Vorschlag der Sowjetregierung zur Sprache kam, in dem es heißt, die Türken sollten auf ein türkisches Reich in Europa verzichten und dafür einen mächtigen Staat in Anatolien mit Brüssel als Hauptstadt gründen. Mehrere Deputierte, die diesem Antrag sympathisch gegenüberstanden, wurden vom Präsidenten der Nationalversammlung, der sie als Verräter bezeichnete, energisch zurückgewiesen. Während der Lärmisungen fielen auch einige Redevorlesungen. Viele Abgeordnete, die gegen die Regierungstimming zu machen versuchten, wurden verhaftet.

## Vom Reichsgericht.

### Der erste U-Bootprozeß in Leipzig.

Leipzig, 16. Juli. Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt begann vor dem Reichsgericht der Prozeß gegen die Oberleutnants zur See Ludwig Dittmar und John Boldt. Der Oberzulassungsanzalt erhob Anklage wegen vorjährlichen Mordes mit der Begründung, daß sie gemeinsam mit dem Führer des U-Bootes 86 Kapitänleutnant Baug, nach der Versenkung des Lazarettsschiffes "Landwehr Caille" die in Rettungsbooten aufgenommenen schwerverletzten völkerrechtswidrig beschleiften ließen, um die Beugen der völkerrechtswidrigen Versenkung des Lazarettsschiffes zu bestreiten.

### Das Urteil.

Leipzig, 16. Juli. (Tel.-U.) Der Oberzulassungsanzalt beantragte gegen die beiden Angeklagten Boldt und Dittmar je vier Jahre Zuchthaus.

Leipzig, 16. Juli. (PAT.) Das Reichsgericht hat heute das Ermittlungsverfahren gegen die angeklagten Offiziere des U-Bootes 86 beendet. Der Hauptzulassungsanzalt schlug 4 Jahre strengste Haft wegen Mordversuchs vor.

### Der Streit in Lodz.

Lodz, 16. Juli. (Tel.-U.) Die Zahl der Streikenden in Lodz nimmt ständig zu. Den streikenden Textarbeiter haben sich nun auch die Straßenbahner angeschlossen. Seitdem ruht der Verkehr in Lodz vollkommen. Der Magistrat der Stadt Lodz wollte sich mit der Erhöhung der Fahrpreise nicht einverstanden erklären, da sonst eine Fahrer zwanzig Mark kosten würde. Gestern wurden die Lohnverhandlungen zwischen den Textarbeitern und Sogern abgeschlossen. Den Sogern wurde eine Erhöhung von 30 v. H. dem Hilfspersonal eine Erhöhung von 50 v. H. zugesetzt. Ab 16. Juli kostet in Lodz die Nummer einer Zeitung zehn Mark.

## Republik Polen.

### Umwurzbewegung.

Zu dem Anschlag auf den Staatspräsidenten wird noch aus Warschau gemeldet: Man soll einen großen Umwurzkomplott, dessen Beginn die Ermordung des Staatschefs sein sollte, auf die Sowjet gekommen sein und bereits eine große Anzahl von Verschwörern vorgenommen haben. Nur weiß man noch nicht, ob es sich um einen Umwurf von rechts, von nationaldemokratischer oder von kommunistischer Seite handelt.

† Kutschak's Nachfolger. Als Nachfolger des Ministers des ehemaligen Kutschak wird Teilgebiet Kutschak werden genannt. Kutschak ist der Ministerpräsident der Republik Polen (Katholiken, Arbeiterpartei). Abg. Tczewski (Skalist-Gruppe) und Jaroslaw Drwoski (Konservativer).

† Rücktritt des polnischen Gesandten beim Balkan. Der polnische Gesandte beim Balkan, Kowalski, ist von seinem Posten abberufen worden. Als Grund für seine Abberufung werden von der Warschauer Presse seine ehemaligen Beziehungen zu den deutschen Konsuln und der Umstand bezeichnet, daß er die bekannte polnische Gesellschaft bestiglich angegriffene Stellungnahme des Balkans zur oberschlesischen Abstimmung nicht habe verhindern können.

† Polnische Vertretung in Musland. Die polnische Vertretung bei den Sowjets, mit Herrn Titus Filipowicz an der Spitze, soll in der ersten Hälfte des Monats August nach Moskau abschreiten. In Moskau wird die Mission mit der Sowjetgesandtschaft, die sich nach Warschau begibt, zusammentreffen.

† Der brasilianische Konsul in Warschau. Der Staatspräsident hat Herrn Wladyslaw Nupniewski, dem brasilianischen Konsul in Warschau, die Genehmigung erteilt.

## Social- u. Provinzialzeitung.

Posen, 18. Juli.

### Stadtverordnetenstiftung.

In der am Sonnabend abgehaltenen Stadtverordnetenstiftung, der letzten vor den Sommerferien, die wieder erst um 11 Uhr eröffnet werden konnte, führte der stellvertretende Vorsitzende Gregorowicz den Vorsitz. Einer Aussprache über die Anstellung des Herrn Niemojewski für die Oper als zweiten Kapellmeister folgte der Eintritt in die Tagesordnung. Im Gegensatz zu den Sitzungen der Vorwoche wurden sämtliche Vorlagen der Tagesordnung fast ohne jede Erörterung angenommen.

Begonnen wurde mit der Anstellung des Gasmeisters Majewski. Stadt, Krause, der Vorsteher der Gasanstalt über diesen Punkt wünscht die Anstellung von wirklich qualifizierten Arbeitern und nicht nur von solchen, die eine Reihe von Zeugnissen hinter sich haben. Stadtrat Krause erklärte, befürwortet eine Festsetzung von drei Monaten, damit der Angestellte das Recht der Kündigung hat. — Stadtrat Krause ist eingehendes Meinung und sagt, daß ein Beamter, den man auf Lebenszeit anstellt, doch mit viel

größerer Beruhigung und Sicherheit arbeite als einer, der nicht weiß, ob er seinen Posten in Kürze verlassen müsse. Stadtrat Kazimierz spricht sich noch einmal für eine dreimonatige Stabilisierung aus. Die Versammlung ist mit diesem Punkte einverstanden.

Es folgte eine Erhöhung der Witwrenten für die Witwe des Arbeiters Kupka. Hierbei bemerkte der Leiter der Versammlung, daß der Finanzausschuß eine Erhöhung der Renten im allgemeinen geprüft und bewilligt habe. Er bittet hier gleichfalls die Versammlung, diesen Erhöhungen zuzustimmen. Dieses geschah.

Nunmehr berichtete Stadt. Albold über den Voranschlag der städtischen Sparkasse. Dieser Voranschlag wurde angenommen.

Stadt. Wybierski berichtete darauf über den Voranschlag der Grundsteuerabteilung. Dieser Voranschlag wurde gleichfalls wie der Voranschlag der Abfuhrverwaltung widerspruchlos angenommen.

Die Beratung über den Voranschlag des Elektrizitätswerkes brachte eine kleine Aussprache, an der sich die Stadtv. Albold und Vanc beteiligten. Beide rieten das eigenmächtige Vorgehen der Beamten, die die Prüfung der Stromzähler vornehmen. Es komme vor, daß Beamte bei dieser Prüfung den Strom einfach absperren. Die Folge davon sei, daß in großen Betrieben nicht nur materielle Schäden, sondern auch Schäden an Leib und Leben entstehen können. Stadt. Vanc sagte, daß es doch nicht angängig sei, den Strom einfach abzusperren, wenn eine Bedienung einzufallen sei. Er bestätigt nicht, wie die Werke solche eigenmächtigen Befugnisse zulassen können. Der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke erwidert, daß er den betreffenden Beamten schon in dieser Beziehung verwirkt habe und daß eine Absperrung des Stromes in Zukunft nicht mehr vorkommen dürfe. Die Werke beachteten eine neue Art der Einlassierung durch Postscheckkonto vorzunehmen. Auch dieser Voranschlag wurde darauf angenommen.

Darauf berichtete Stadt. Wybierski den Voranschlag der Steuerabteilung. Die einzelnen Posten dieses Voranschlags seien sich wie folgt zusammen:

	1921	1920	1919
Angenommene Erhöhung	9 167.000	3 826.000	2 978.000
Zusammen: 33 167.000	4 076.000	3 178.000	
Unüberschüß gehen ab:	2 540.000	147.000	378.000
Es bleiben demnach	30 627.000	3 929.000	2 800.000

Abgerechnet werden:			
a) Steuern für Mietbürohöfe	40.000	30.000	35.000
b) Außerörtliche Grundsteuern	120.000	70.000	65.000
c) Privilegiumsteuern der Beamten	1 500.000	280.000	280.000
d) Von Steuerzähler, die außerhalb des ehem. preuß. Teilstaates Einnahmen haben	160.000	200	
e) Gesellschaften	300.000	180.000	168.000
f) Angekommene Mehreinnahmen	5.000	5.000	5.000
	2 120.000	565.000	548.000

Zugerechnet werden Steuern:			
a) Staatsbahnen	600.000	305.000	144.000
b) Stufe 1 und 2			

Überschuß bleibt			
	1.20.000	260.000	404.000

Demnach Einkommensteuer			
Abgerechnet wird der angenommene Überschuß	60.000	80.000	181.000
In Einkommensteuer verbleiben: 29 047.000	3 589.000	2 215.000	
II. Bogen im betriebsneuen	1 399.000	1 000.000	915.000
III. Gewerbesteuern II. I/II	147.000		
IV. 930.000	1 829.000	404.000	330.000
Zusammen: 32 196.000	5 002.000	3 490.000	

Die neuen Steuerjäger wurden folgendermaßen angenommen:			
Gemeindeeinkommensteuer 600 v. H. v. 29 057 000 Mr. = 174 282 000 Mr.			
Gewerbesteuern I. u. II. Kl. 600	= 8 457 000		
3. 594	- 320 000		
4. 580	- 99 500	= 10 934 900 Mr.	

Zuschlag zur Städteversteuerung, die für alle vier Klassen gleichmäßig auf 600 v. H. erhöht wird, in den Klassen 3—4 wird man aber nur die oben angeführten Prozente nehmen, da nach Abzug der Last jenen Klassen die Warenhäuser nach Abzug der Einnahmen für die Handwerkskammer in Summe von 40 200 Mr. benutzt wird.			
Gebäudesteuer 520 v. H. v. 1 100 000 Mr. = 6 760 000 Mr.			
Grundsteuer 4 v. L. v. der allgemeinen Wertberechnung	182 171		
	192 158 071 Mr.		

Darauf wurden die Voranschläge des Servis amtes, der Pfandleihanstalt des Schlachthofes, des Viehhofes, der Gasanstalt, des Wasserwerks und der städtischen Sparkasse angenommen nach den Anträgen der Berichterstatter Stadtvororten Krause, Dąbrowski, Wybierski und Wybierski.

Die Anstellung des Włodzimierz Nowicki als Baupolizeimeister, die Erhöhung der Witwrente für die Witwe des Arbeiters Kupka und die Annahme einer Stiftung für die Armen der Stadt Posen beendeten die umfangreiche Tagesordnung. Der Stadtpfarrer von Druski dankte den Städten für die rege Aneinandernahme an den Sitzungen und wünschte ihnen fröhliche Feiertage so fröhlich, wie sie eben die Ungunst der Zeit gesetzten. Schlüß der Sitzung 149 Uhr.

X Todesfall. In Berlin wohnt er vor einiger Zeit abgewandert ist am Sonnabend nach kurzem schweren Leid der langjährige Miethaber der besten Futtermittel- und Saatengroßhandlung Galvay und Matzschler, Kaufmann Leo Galvay gestorben. Der Entschlafene erfreute sich nicht nur in den kaufmännischen Vertriebskreisen als ehrlicher Kaufmann, sondern auch weit darüber hinaus als Mensch großer Verdienst.

X Eine große Versammlung war für gestern, Sonntag, vormittag um 11 Uhr nach dem "Fischstäbchen" von der polnischen Klassenberufvereinigung einberufen worden. Da der Saal die Menge der Erwachsenen — es mochten 7000—8000 Personen anwesend sein — nicht zu fassen vermochte, so wurde die Versammlung im Garten abgehalten. Als Redner trat u. a. der in letzter Zeit als Kommunist viel genannte Porankiewicz auf, der den Genossen für ihr nunmehriges Eintreten, daß zu seiner Hartentstalinung am Sonnabend geführt habe, dankte. Erörtert wurden im wesentlichen politische Fragen, daneben wurde aber auch der Lohnarbeitsstreit. Ergeudelnde Beschlüsse wurden nicht gefasst, sie sollen einer Versammlung vorbehalten bleiben, die ihr nächsten Mittwoch einberufen werden soll. Die Versammlung wurde gegen 2 Uhr geschlossen.

+ Geschäftsvorlauf. Die Drogerie Goldene Kugel Wielkie Garbary 38 (früher Gr. Gerberstr.) hat ihr Bestiär Sz. od. z. verkaufen.

+ Eine neue Parfümeriefabrik hat der Drogeriebesitzer Sz. od. z. errichtet.

X Leichenfund. Am Sonnabend wurde in Laski bei Bartelsee Sr. Wronowicz, eine Männerleiche gefunden. Der Tote wurde als gewisser Otto Guda aus Podz festgestellt.

### Schwere Ausschreitungen in Inowrocław.

\* Inowrocław, 16. Juli. Dem "Dni. Bot." entnehmen wir folgenden Bericht: Bei blutigsten Ereignissen kam es am vergangenen Mittwoch in unserer Stadt tatsächlich der Entwaffnung der in den hiesigen Infanteriekasernen zwecks Demobilisierung untergebrachten oberösterreichischen Aufständischen. Als leicht erklärbaren Gründen beobachteten wir bisher Stillschweigen über diese höchst bedauerlichen und heissen Vorfälle, die in uns allen größte Unruhe und Beschriften hervorgerufen hatten. Wir erfahren nun über die Ereignisse folgende Einzelheiten. Als an die Aufständischen, die in einer Stärke von zwei Regimenten hier stationiert sind, seitens unserer regulären Militärbehörden der Befehl erging, die Waffen abzuleiern, leistete nur der kleinere Teil von ihnen diesem Befehl Folge, während die Mehrzahl der Aufständischen sich weigerte, ihre Waffen abzugefern. Als Grund des Ungehorsams gaben die Meuterei an, der Staat schulde ihnen den Sold in deutscher Währung. Tatsächlich hatten sie doch als Demobilisierte überhaupt keinen Anspruch auf den Sold. Daß diese Forderung übrigens nur als Vorwand galt, beweist die Tatsache, daß die Aufständischen viele Tausende deutscher Geldes besaßen und einige Waggons mit Waffen, Kleidungsstücken und Schuhen ihr Eigentum nannten. Als Herr Major Zielinski den Meutern ins Gewissen zu reden versuchte, wurde er von Ihnen verhöhnt, wobei es sogar zu Tätlichkeiten kam, gegenüber kam. Als die Meuterei sich nun zusammenrotteten, um gruppeweise in die Stadt vorzudringen, erging an sie eine dreimalige Warnung, die erfolglos blieb, worauf eine Salve auf sie abgegeben wurde. Es gab 2 Tote und 15 Verwundete. Nun sahen die Meuterei, daß Ernst gemacht wird, und zogen sich in die Kasernen zurück. Es folgte darauf die Entwaffnung, die bereits beendet ist. Die Aufführer wurden dem Militärgericht übergeben. Schon in der Nacht zum Mittwoch wurden den Aufständischen durch eine Übermumpling die Waffen eingezogen.

Das Vorgehen der Meuterei charakterisiert ein Fall, der sich im Quartier des Majors Zieliski zutrug, wo drei Auführer der Meuterei erschienen und ihm mit Erüchtigen drohten, falls er nicht die Freilassung der festgenommenen Kämpfern veranlaßte. Die bisherige Untersuchung über die Meuterei ergab, daß die Aufständischen einen kommunistischen Soldatenrat gründen wollten, bzw. gegründet hatten mit der Absicht, sich unserer Stadt zu bemächtigen, was gewiß unerhörbare Folgen für uns gehabt hätte. Dieses Unrecht abgewendet zu haben, verbanden wir der vorbildlichen Haltung unseres regulären Militärs, welches im letzten Moment den Befehl ausführte und somit der Beweis erbrachte, daß es für die Ehre und Sicherheit seines Vaterlandes voll und ganz eintritt.

K. Schwersenz, 18. Juli. Am Donnerstag wurde im Zellner'schen Gastraum eine Ortsgruppe des Schulvereins für Großpolen gegründet. Es wurde ein provisorischer Vorstand unter dem Vorsitz des Pastors Schulze gewählt, der die Hauptversammlung in nächster Zeit einberufen soll. Mitgliederanmeldungen an Pastor Schulze oder Lehrer Müller Schwersenz erbeten.

\* Samter, 17. Juli. Den "Danz. Neuest. Nachricht." wird von hier geschrieben: Der bisherige Inhaber der Domäne Schloss Samter, Oberamtmann Hartmann, hat sich in Schönberg, einem Städtchen in der Nähe von Gorlicz, niedergelassen und hat dort in einem dem Fr. v. Jastrow gehörigen Schloß mit seiner Familie Wohnung gefunden. Herr H. war einer der tüchtigsten und demgemäß auch erfolgreichsten Landwirte der ehemaligen Provinz Posen, dessen Weggang von seinen Vertragsgenossen sehr hoch bewertet wird. Die Domäne Schloss Samter war bis zuletzt Schlossgut des früheren Herzogs von Sachsen-Möburg-Gotha — daß sie durch Erbschaft in den Besitz des Königs von England übergegangen ist, ist ein Irrtum. Nach den Vorfällen vom letzten Pfingstsonntag, wobei Herr H. wegen Entlassung zweier

seiner Arbeiter, die sich Verfehlungen hatten zu schulden kommen lassen, durch die Polnische Arbeiterschaft aus der Stadt Samter, die sein Wohnhaus stürmten, übel zu gerichtet wurde, heißt Herr H. ein erhebliches Wirkeln auf seiner Domäne nicht mehr für möglich und erstattete persönlich dem Herzog in Koburg in diesem Sinne Bericht. Auf seinen Rat hin erklärte sich der Herzog damit einverstanden, daß die Domäne an den polnischen Fiskus, der schon lange vorher sein Augenmerk darauf gerichtet hatte, verkauft wurde. Inzwischen durfte der Verkauf formell abgeschlossen werden sein. Herr H. hat am 1. Juli die Wirtschaft an seine Nachfolger übergeben.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

#### Auktion der Posener Wörse.

Offizielle Kurse:	18. Juli	16. Juli
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
Buchst. A u. B	—	—
3½% ohne Buchst.	—	—
Buchst. C	—	—
4% Buchst. D u. E	—	—
(neue)	—	—
4% (neue) mit poln. Stempel	130 + A	—
4% Pos. Pfandbriefe	—	—
4% Pol. Provinzialobligationen	—	—
3½% Posener Prod. Pfandbriefe	—	—
5½% Obr. Tegelski	120 + N	—
6% Schuldcheine der Bank Kredyt.	—	—
Hrot. Warszawski	—	—
Bank Bielska I-VII em. (ungeöffn.)	—	—
Bank Bielska VIII em. (ungeöffn.)	250 + A	250 + A
Bank Bielska VIII em. (geöffn.)	335 + N	335 + N
Bank Handlowy, Poznań I-VII	335 + N	335 + N
Bank Handlowy, Warszawa	315 +	—
Bank Ostal., Podg. Gdańsk I-IV	500 + N	495 + N
Bank Świdnicki, Potoccy i Ska.	680 +	680 + N
Bank Ziemięć	—	—
R. Zielonowski I-IV em.	250 + A	250 + N
R. Zielonowski		

Die glückliche Geburt eines gesunden  
Mädchen zeigte an [3752]  
**Rolf Eberhard v. Lehmann-Hitsche und Frau**  
Carla, geb. Pleßner  
Eugenienhof bei Nitsche, den 12. Juli 1921

Geistern verschied sanft nach kurzem Krankenlager  
mein lieber, hochverehrter Sohn.

## Herr Leo Calvary

in der Blüte seines Lebens.

Nahezu ein Vierteljahrhundert waren wir durch gemeinsame Arbeit verbunden. In dieser Zeit ist der Heimgegangene mir nicht nur ein lieber, wertvoller Mitarbeiter gewesen; er ist mir durch seine vornehme Gesinnung ein teurer, hochgeschätzter Freund geworden. Sein unermüdlicher Fleiß, die Großheit und Redlichkeit seines Handelns, seine unabdingbare Zuverlässigkeit haben seiner Arbeit das Gepräge gegeben. Die Güte seines Herzens, die Lauterkeit seiner Gesinnung, die unvergleichliche Hilfsbereitheit gegen jedermann haben ihn zu einem Liebling aller gemacht, die das Glück hatten, ihm nahe zu treten.

Sein Andenken wird in meinem Herzen nie erloschen.

Poznań, den 17. Juli 1921.

**Leo Maschler**  
i. Fa. Calvary & Maschler.

Der allzufreude Heimgang unseres  
Gehrenmitgliedes  
**Herrn Leo Calvary**

in Berlin

hat uns tief erschüttert.  
Schnurzerfüllt stehen wir am Grab dieses ausgezeichneten Mannes, der als langjähriges Vorstandsmitglied unseres Waisen ein väterlicher Freund, unserer Ausbildung ein eifriger, hilfreicher Förderer gewesen ist.

Wir werden seiner nie vergessen.

Poznań, den 17. Juli 1921.

**Der Vorstand der Ritterliche-Pfleauischen  
Waisen-Erziehungs-Anstalt.**

Manasse Werner.

Sonnabend vormittag entschlief nach langem schweren Leiden mein geliebter Mann, unser treuer Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin, der

Kaufmann

**Louis Rothholz**

im 58. Lebensjahr.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Poznań, Wielkie Garbary 46, New York,  
Dresden, den 18. Juli 1921.

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag  
5 Uhr von der Leichenhalle des jüd. Friedhofes statt.  
Kranzspenden dankend verbeeten.

[2090]

**Bon der Reise zurück**  
**O. Westphal, Zahn-Atelier.**

Ich habe mich in Wrzesnia (Wrzesien) als

**prakt. Tierarzt**

niedergelassen und wohne vorläufig im Hotel Goerltz.

**Tille,**  
prakt. Tierarzt.

[3750] **Private-Badlung.**

1800 Morgen großes Rittergut, noch 14 Jahre Pachtbauer, direkt an der deutschen Grenze liegend, ist besondere Umstände wegen nur gegen Dollar-Währung zu zedieren. Oferren unter E. p. 2310 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**von Kochow's Peikusser**  
Winter-Roggen,  
**Hildebrand's Zeeländer**  
Winter-Roggen,  
**Hildebrand's Winter-**  
Weizen-Zuchten,  
**von Stiegler's Winter-**  
Weizen-Zuchten  
hat in Original und Abzug abzugeben.

[2029]

**Posener Saatbaugesellschaft,**

Poznań, Wjazdowa 3.

**Feldbahngleis,** 50 oder 60 cm Spurweite, gebraucht oder neu, zu kaufen gesucht.  
Dominium Gora, powiat Jarocin.

Heute früh 5 Uhr entschlief nach kurzem schweren Leiden mein geliebter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Kaufmann

## Leo Calvary.

In tiefer Trauer namens der Hinterbliebenen:

**Eilly Calvary, geb. Lissauer.**

Berlin W., Kaiserallee 189, den 16. Juli 1921. [2085]

# Lokomobilriemen

aus v. Kamelhaar

beste Friedensware, 150 mm breit, ca. 28 m lang, offiziell in größeren Mengen vom Lager ebenfalls Lederriemen, Näh- und Binderriemen, Pumpenmanschetten und verschiedene Packungen für Dampfmaschinen

**Z. MAZURKIEWICZ**

(Gegründet im Jahre 1878)  
Poznań, Kantaka 8.

Suche für 1. August oder später einen unverheiraten  
**Hofbeamten,** [2304]

deutsch und polnisch sprechend. Angebote, Lebenslauf und Gehaltsansprüche an von Becker, Grudzięcę p. Bronów.

Suche zum 1. August  
evtl. später  
unverheiratet.  
mit guten Zeugnissen. Selbiger muß in Blumenanbau und Gemüsebau durchaus erfahren sein. Zeugnisschriften mit Gehaltsangabe umgehend erbeten.

■ Frau Mutter aus dem Siedlung  
Rittergut Turkowo b. Bus.

**Gärtner,** erfahren in Gemüse- und Blumenanbau und Treibhauskultur zum 1. Oktober gesucht. Angebote erwünscht  
Frau Fischer v. Mollard, Gora, Kreis Jarocin. [2308]

Suche zum 1. 10. eine junge evangelische  
**Lehrerin**

auf großes Landgut für 4 Mädchen von 9—13½ J. Altere Erzieherin übernimmt den Unterricht in den unteren Klassen. Lebenslauf u. Zeugnisschriften mit Ang. der Gehaltsansp. bitte zu senden an Frau v. Koesch, Laski, Pow. Kępno.

Branchenwidige, ältere  
**tüchtige**  
**Berkäuferinnen,** welche in lebhaften Geschäften tätig gewesen sind, für die Abteilungen Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wollwaren, Handarbeiten, Kurzwaren zum September für dauernde Stellung bei hohem Gehalt gesucht. Meldungen mit Bild und Zeugnisschriften sofort erbeten.

**A. Lewhonja,** Kaufhaus für Buch, Konfektion, Manufakt., Woll-, Weiß- und Kurzwaren, Minden in Westfalen.

Suche zum 1. 8. oder später perfekte  
**Köchin**

für großen Landhaushalt. Zeugnisschriften mit Angabe der Konfession u. Gehaltsansp. bitte zu senden an Frau v. Koesch, Schloss-Laski, Pow. Kępno.

**Doktor d. Staatswissenschaften,** korrespondiert englisch und deutsch, spricht fließend polnisch, gut französisch und russisch, besitzt Pantoprasis, war langjähriger Kaufmännischer Beiter einer großen Attengesellschaft in Kongresspolen, wurde verantwortliche Stellung in Bank, größerer Import-Exportfirma, Aktiengesellschaft (evtl. mit Bereitigung), auch als Privatsekretär oder Dolmetscher in Poznań angenommen. Besprech. model. da gegenwärtig in Poznań. Anr. bei d. Geschäft d. Bl. u. 2057.

**Berufslandwirt,** verheiratet, deutsch, sucht gestützt auf gute Empfehlungen und Zeugnisse Stellung als  
**Oberinspektor**

Kontrolleur kann gestellt werden. Gefl. Offerten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Wegen Domänenpachtgabe suche ich für meinen verheirateten älteren Sohn, evgl., vertrauen w. Beamten zum 1. Okt. od. früher selbständige Verwaltung. Derselbe ist der in Wort und Schrift mächtig und kann ich ihn in jeder Beziehung nur bestens empfehlen. Off. bitte zu richten an Herrn Güterverwalter Brecht, Kunowice b. Kowalewo, Kreis Mogilno.

Suche für m. Sohn, Stelle als Wirtschaftsassistent. 18 Jahre alt, eine Kwangsverwaltung wurde er entlassen, kann daher sofort antreten.

M. Tonn, Biskupiec (ir. Grambow) bei Ryczywół, Pow. Obrzec.

Für meine 21-jährige Tochter wird per 1. oder 15. August Stelle zur weiteren

ausbildung i. Haushalt und feiner Küche

auf besseren Landhaushalt bei vollem Familienan schluss gesucht. Gefl. Offerten bitte an Bankvorstand a. D. O. Schulz in Kościan, ul. Cmentarna 16 zu richten.

## Deutsche Volksbank

Sp. z. o. o. [2075]

**Bydgoszcz : Wyrzysk**

Gdańska 13 Rynek

**Erledigung aller Bankgeschäfte**

Verzinsung

Jährlicher Einlagen ab 1. 7. bis auf weit. 3½%  
monatl. " " " " " 4%  
sterieljährl. " " " " " ½%

## Briefmarken

v. Russland Em. 1858  
bis 1917, sowie Säye u. Einzelstücke. Angebote u. d. Geschäft.

Briefordner  
Schnellhefter  
Geschäftspapiere  
Kopierseiden  
Briefumschläge  
Zinte-Federn

## Stempel

alle Bureauartikel  
liefern [1925]

Papierhaus Schiller  
ulica Szkołna 10  
am Stadtkrankenhaus

## Verkause

wilde Sammlungen

zum Aussehen, alte 200 M.  
das Paar, junge diesjährige  
100 M. das Paar. Gefl. Bü-  
schriften an G. Sensfelder,  
Balzyn (Benschen).

## Stellenangebote

Wir suchen zum 1. August  
od. später einen der polit. Spr.  
in Wort u. Schrift mächtigen

## Kontoristen

oder

## Kontoristin.

Kurzschrift u. Maschinenschreib-  
en erwünscht. Ang. m. Zeug-  
nisabschriften und Bild an  
Judezelski Niezychowice,  
T. z. o. p., Niezychowice b.  
Bialostowice. [2042]

Begecht zum baldigen An-  
tritt verh., evgl. [2088]

## Brennerei-

Bewerber,

der auch Holzfabrik u. Vieh-  
anlage leiten kann. Gehalt  
nach Vereinbarung. Dom.  
Koworniš p. Tulce.

## Wir suchen zu kaufen:

1 gebra. Chapingmaschine betriebsfähig. 2 bis 3 kleine  
gut erhaltene Drehbänke (¼ bis 1 Meter Drehlänge).

Angebote erbetten

**Kujawski & Zaf, Fabryka maszyn,**

Torun. Tel. 1485.

**Verschiedene Ackergeräte und  
landw. Maschinen, Häckselma-  
schinen mit Göpel, Schaffrausen,**

**Kutschwagen u. anderes** [3751]

**Pirscher, Wełna p. Parkowo, pow. Dobrońki.**

**Größeren Posten Mauersteine**

abzugeben. Oferren unter D. 2041 an  
die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Gheuerländer**

unreicht billig, extra stark, fest und saugkräftig, schlesische  
Ware, jedes Quantum sofort lieferbar. Verkaufspreis 468  
Mark frei Haus bei größerer Abnahme billiger. Oferren  
unter G. R. 2081 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.